

## Projektbeschreibung „Raus mit der Sprache“ (Stand: 13.05.2015)

Die Konzeptphase für ein Pilotvorhaben „Raus mit der Sprache! – Welche Formate ermöglichen die wirksame Beteiligung an kultureller Bildung in kommunalen Institutionen?“ widmet sich einem neuen gesellschaftspolitischen Paradigma unserer Zeit: dem vielbeschworenen „neuen ‚Wir‘“, oder anders, der „Einheit des Verschiedenen“. Dieser Weg hin zu einem „neuen ‚Wir‘“ ist nur über kulturelle Aushandlungsprozesse zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund möglich. Aus dem Netzwerktreffen *Integration & kulturelle Bildung* im November 2013 hat sich ein Arbeitskreis konstituiert, der Überlegungen zu diesen Fragen anstellen möchte. Zugleich möchte der Arbeitskreis neuartige Beteiligungsformate im Rahmen eines Modellvorhabens praktisch umsetzen.

Sowohl Volkshochschulen und Museen als auch Theater und Konzerthäuser stehen vor der Herausforderung, sich der Vielfalt der Stadtgesellschaft zu widmen. Zahlreiche Auswertungen verdeutlichen, dass die Teilnehmenden bislang nur in einem geringen Maße gesellschaftliche Vielfalt abbilden. Die Teilhabe migrantischer Akteure ist bisher in der Regel erst in der Durchführungsphase von Programmen vorgesehen; ein vorgeschalteter Aushandlungsprozess über deren Inhalt und Zweck findet kaum statt. Im Unterschied hierzu geht es in dieser Konzeptphase um einen Perspektivwechsel, der die Aushandlung divergierender Identitäten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als Grundbedingung kultureller Bildung ansieht. Vermieden werden sollen dabei Konzepte, die unterschiedliche Werte und Interessen letztendlich nur überwölben oder an den Rand drängen. Stattdessen geht es um Schaffung eines neuartigen Beteiligungsformats sowie eines experimentellen Raumes, in dem freies Denken und Sprechen der beteiligten Akteure über das jeweilige Selbstverständnis von Kultur sowie die Suche nach einer gemeinsamen kulturellen „Basis“ auf kommunaler Ebene möglich wird. Gerade der „fremde“ Blick von außen erhöht dabei die Chancen für einen Prozess institutioneller Selbstreflexion. Zugleich erzeugt die aktivierende Rolle von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie das eventuelle Mit-Anstoßen von Veränderungen eine nicht zu unterschätzende affektive Bindung an die beteiligten (Kultur-) Institutionen.

Drei Fragen leiten die Konzeptphase: Welche Formate ermöglichen die wirksame Beteiligung an kultureller Bildung in kommunalen Institutionen? Welche Funktion kommt solchen Beteiligungsformaten zu? Und auf welche Weise erzielen sie dauerhaft Wirkung? Das Konzept konzentriert sich dabei auf exemplarische Standorte, die als Grundlage neuer Beteiligungsformate dienen können, wie beispielsweise die Städte Dortmund und Duisburg, sowie – über Nordrhein-Westfalen hinaus – ausgewählte Kommunen aus Baden-Württemberg und Hessen und aus dem benachbarten Ausland. Bevorzugt werden solche Standorte betrachtet, an denen bereits eine Vernetzung der Einrichtungen, unter anderem im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften, gegeben ist. Dabei wird als mögliches Beteiligungsformat die Schaffung eines kulturellen Beirats ins Auge gefasst, der sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund, beispielsweise aus dem Bereich der Integrationskurse an Volkshochschulen, repräsentiert und von einem Mediator koordiniert werden könnte. Besonderen Wert wird auf Konzepte gelegt, bei denen die Menschen über die kulturellen Inhalte ihrer Stadt ins Gespräch kommen.

Ziel der Konzeptphase ist es, Inhalt und Struktur eines neuartigen Beteiligungsformats an kultureller Bildung auf kommunaler Ebene zu ermitteln. Dies gelingt in dem Maße, wie bereits bestehende Formate – im Rahmen einer Bestandsaufnahme – insbesondere im Hinblick auf die Förderung eines „neuen ‚Wir‘“ hin hinterfragt werden. Dies erfordert sowohl eine inhaltliche Eingrenzung dieses neuen gesellschaftspolitischen Paradigmas als auch eine Überprüfung im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Beteiligungsformate zur Ausprägung neuer Bindekräfte in Stadtgesellschaften beitragen können. Hierzu ist eine intensive Diskussion zwischen Experten, Praktikern sowie weiteren möglichen Kooperationspartnern im Rahmen von Workshops notwendig. Dabei will der Arbeitskreis auch darüber diskutieren, inwieweit solche Aushandlungsprozesse in Stadtgesellschaften – trotz oder gerade wegen des permanent steigenden Rentabilitätsdrucks kommunaler Einrichtungen – grundsätzlich sinnvoll und möglich sind.